KWP 2 Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energiewende – Verantwortung übernehmen. Zukunft sichern.

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	03.05.2025
Tagesordnungspunkt:	4. Verabschiedung des Programms zur Kommunalwahl 2025

Antragstext

Hitzeperioden, Starkregen, Hochwasser, sterbende Wälder und vertrocknete Grünflächen – die Folgen der Klimakrise sind längst auch im Kreis Borken sichtbar und spürbar. Die letzten Jahre haben uns deutlich vor Augen geführt: Wir müssen jetzt handeln – entschlossen, mutig und solidarisch.

Für uns GRÜNE steht fest: Der Klimaschutz ist die zentrale Aufgabe unserer Zeit – und gleichzeitig eine riesige Chance. Denn wer heute in Klima- und Umweltschutz investiert, schützt die Lebensqualität von morgen, vermeidet immense soziale und wirtschaftliche Folgekosten und stärkt den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Wir wollen, dass der Kreis Borken seinen Beitrag zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens leistet – und damit aktiv zur Begrenzung der Erderhitzung beiträgt. Gleichzeitig bereiten wir uns auf die nicht mehr vermeidbaren Folgen der Klimakrise vor. Beides gehört für uns untrennbar zusammen.

Klimaschutz als kommunale Querschnittsaufgabe

Klimaschutz muss in allen Politikfeldern mitgedacht werden – in der Wirtschafts-, Verkehrs-, Bau-, Landwirtschafts- und Energiepolitik. Deshalb wollen wir GRÜNE im Kreis Borken:

- Klimaneutralität bis 2035 als verbindliches Ziel für den Kreis verankern.
- Den Klimafonds deutlich aufstocken – zur finanziellen Förderung von Klimaschutzprojekten durch Bürger*innen, Unternehmen und Vereine.
- Klimaschutz als Investition in die Zukunft begreifen – nicht als Belastung, sondern als Vorsorge gegen kommende Krisen. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Investitionen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erfolgen können.
- Die Einrichtung eines Amtes für Klimaschutz und Nachhaltigkeit in der Kreisverwaltung am Vorbild des Kreis Steinfurt.

Energiewende auf kommunaler Ebene vorantreiben

Die Energiewende ist mehr als der Ausbau erneuerbarer Energien und umfasst inzwischen alle Sektoren – vom Verkehr über den Hausbau bis hin zur Transformation in Industrie, Handwerk und Gewerbe einschließlich der Landwirtschaft. Gleichzeitig muss sich auch der Kreis Borken weiter proaktiv im

Bereich der Energieerzeugung Es gilt diesen Prozess auch auf kommunaler Ebene mitzugestalten, um

- Die kommunale Energiewende mit aller Kraft vorantreiben – mit Wind, Sonne und Wasser sowie Biomasse und Biogas. Auch die Energieeffizienz ist eine wesentliche Stellschraube, um

- Photovoltaikpotenziale auf Dächern und Fassaden, Parkplätzen und Konversionsflächen konsequent nutzen. Hierzu sind die Vorschriften der Bauordnung NRW konsequent umzusetzen.

- Agri-PV und Freiflächensolaranlagen gezielt fördern – als Modellregion mit ökologischen Standards unter Berücksichtigung von Natur- und Artenschutz. Hierfür sind die konkreten Flächenpotentiale zu identifizieren und auszunutzen. Flächenkonkurrenzen insbesondere mit der landwirtschaftlichen Nutzung, beispielsweise auf Grund hoher Pachtzahlungen, müssen im notwendigen Maße vermieden werden. Freiflächensolaranlagen können eine Chance für die Biodiversität im ländlichen Raum bieten.

- Windenergie stellt eine wesentliche Säule der Energiewende dar – Mit Inkrafttreten des Regionalplans Münster entfällt die Außenbereichsprivilegierung für den weiteren Windenergieausbau auch im Kreis Borken. Es gilt weitere Ausbaupotentiale über die kommunale Positivplanung akzeptanzgesichert zu heben, wo der Windenergieausbau – unter Beachtung aller rechtlichen Vorgaben und Spielräume – umwelt- und naturverträglich möglich ist

- Bioenergie stellt einerseits gesicherte Stromkapazitäten bereit und kann darüber hinaus zur klimaneutralen Wärmeversorgung beitragen. Als ländlicher Raum weist der Kreis Borken erhebliche Potentiale für die Bioenergienutzung auf. Dabei muss klar sein, dass es auf einen effizienten Ausgleich der Flächenkonkurrenz zwischen Landwirtschaft, anderer Energieerzeugung im Außenbereich und den Belangen von Arten- und Naturschutz kommt.

- Wasserkraft trägt grundlastfähig zur Energieversorgung bei. Dabei sind die Potentiale für den Ausbau der Wasserkraft im Kreis Borken begrenzt. Gleichwohl gilt es die bestehenden Anlagen werterhaltend zu sichern und – auch mit Blick auf die Umweltverträglichkeit – weiterzuentwickeln.

- Speicher, Flexibilitäten und Sektorenkopplung können zur netz- und systemdienlichen Integration erneuerbarer Energien in das Energiesystem und der effektiven Nutzung volatiler Energie sowie der Dekarbonisierung in allen Sektoren beitragen. Innovative Konzepte sollten auf Kreis- und Kommunalebene unterstützt werden.

- Westnetz als Verteilnetzbetreiber in die Pflicht nehmen, die Netze im Kreis Borken bedarfsgerecht auszubauen und zu modernisieren, um die Integration erneuerbarer Energien, den Hochlauf von Wärmepumpen und

Elektromobilität sowie die Versorgungssicherheit im ländlichen Raum sicherzustellen.

- Die Zusammenarbeit mit Energiegenossenschaften intensivieren – für regionale Wertschöpfung und breite Akzeptanz.
- Den Strombedarf kreiseigener Gebäude mit eigenerzeugtem PV-Strom decken – überschüssige Mengen in die regionale Direktvermarktung geben.
- In Umsetzung des Bürgerenergiegesetzes NRW sollen Modelle gefördert werden, die der öffentlichen Hand Gewinne aus der Energiewende ermöglichen – z. B. über Einspeiseerlöse. Darüber hinaus soll auch über den Anwendungsbereich des Bürgerenergiegesetzes NRW hinaus eruiert werden, ob Beteiligungsmodelle – bspw. auch für Freiflächen-Photovoltaik – umgesetzt werden können.
- Der Kreis Borken muss als Wasserstoffregion sein Potenziale voll ausschöpfen. Wasserstoff ist ein zentraler Baustein für das Gelingen der Energiewende – besonders dort, wo Strom aus erneuerbaren Energien nicht direkt eingesetzt werden kann. Die Kavernenspeicher in Gronau-Epe, die Nähe zu den Niederlanden und die Beteiligung lokaler Netzbetreiber bieten dem Westmünsterland hier große Standortvorteile.

Klimafolgen wirksam begrenzen

Die Klimakrise ist bereits Realität. Starkregen, Trockenheit und Hitzeperioden treffen besonders vulnerable Gruppen – ältere Menschen, Kinder, Kranke. Deshalb braucht es eine vorausschauende Anpassungsstrategie, die den Kreis Borken krisenfest macht:

- Das Klimafolgenanpassungsmanagement im Kreis weiterentwickeln – und zur kommunalen Erfolgsgeschichte machen.
- Begrünung von Dächern und Fassaden in Abstimmung mit Konzepten bspw. zur Nutzung Erneuerbarer Energien fördern – als aktive Maßnahme gegen Überhitzung.
- „Schwammstadt“-Konzepte umsetzen – für ein effektives Regenwassermanagement und besseren Schutz vor Hochwasser. Dies umfasst den Rückbau von versiegelten Flächen insbesondere im innerstädtischen Raum. Durch den entsprechenden Ausbau von Grünstreifen und Gehölzstrukturen auch

im innerstädtischen Raum steigt auch die Aufenthaltsqualität dieser Bereiche.

- Im öffentlichen Raum verstärkt helle Oberflächenmaterialien einsetzen – zur Verringerung von Hitzeinseln.
- Natürliche oder konstruktive Verschattung von öffentlichen Plätzen gegebenenfalls zeitweise für entsprechende Veranstaltungen und Anlässe vorsehen.
- Kommunale Kühlräume schaffen – und Unternehmen fördern, die ihre klimatisierten Räume bei Hitzewellen für besonders gefährdete Menschen zur Verfügung stellen.
- Öffentlich zugängliche Trinkwasserangebote schaffen
- Bei Hitzeperioden kurzfristig Soforthilfen bereitstellen – z. B. mobile Wasserspender oder zusätzliche Beschattung.

Atomausstieg – und seine Folgen für uns im Kreis Borken

Vor zwei Jahren sind wir in Deutschland erfolgreich aus der Atomenergie ausgestiegen. Ein Erfolg den wir Seite an Seite mit Bürgerinitiativen, Umweltverbänden und aktiven vor Ort erstritten haben. Heute ist klar, dass eine Rückkehr zur Atomenergie nicht stattfinden wird. Trotzdem werden uns hier im Kreis Borken die Folgen noch Jahrzehnte beschäftigen.

Wir begleiten das Standortauswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktiven Abfall auf Bundesebene kritisch, aber ergebnisoffen. Wir wissen, dass sich der Zeitplan inzwischen überholt hat, was bedeutet, dass der oberirdischen Zwischenlagerung eine besondere Bedeutung zukommt, was uns im Kreis Borken besonders in Ahaus betrifft.

Darüber hinaus ist die privatwirtschaftliche Urananreicherungsanlage in Gronau vom Atomausstieg ausgenommen. Es ist paradox, Endlager mit endlichen Ressourcen zu suchen und gleichzeitig Industrien in denen weiter unendlich viel Atommüll anfällt unangetastet zu lassen.

Für uns Grüne im Kreis Borken ist klar, dass Lösungen gefunden werden müssen. Wir sind dabei pragmatisch und ehrlich. Wir übernehmen die Verantwortung für bestehendes Material hier vor Ort für das ganze Bundesgebiet. Gleichzeitig ist uns wichtig, zukünftige Verantwortung zu klären.

Unsere Grünen Ziele für den Kreis Borken:

- 152 Castortransporte drohen uns quer durch das Ruhrgebiet von Jülich nach Ahaus. Wir lehnen diese Transporte ab und setzen uns weiterhin intensiv

auf allen Ebenen (Land und Bund) für den Neubau eines Zwischenlagers nach neustem Stand der Technik in Jülich ein.

- Atommülltransporte sind ein unkalkulierbares Risiko. Deshalb ist für uns Grüne Kreis Borken klar, dass jeder Atommülltransport verhindert werden muss. Atommüll ist am sichersten, wenn er steht.

- Wir Menschen im Kreis Borken übernehmen schon jetzt Verantwortung für Castoren mit hochradioaktivem Abfall. Zu dieser Verantwortung stehen wir kreisweit. Darüber hinaus muss jede weitere geplante Einlagerung intensiv nach heutigen Standards geprüft werden. Besonders im Fall der Brennelemente aus dem Forschungsreaktor in Garchingen. Unser Kreis Borken darf sich nicht als Atommülllager für Markus Söder bereit stellen.

- Eine Generation hat vom scheinbar billigen Strom durch Atomkraft profitiert, für unendlich viele Generationen wird der Atommüll zur Ewigkeitslast. Wir Grüne im Kreis Borken begleiten das Standortauswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktiven Abfall kritisch und ergebnisoffen. Wir werden uns bei regionalen Konferenzen einbringen und an den Beteiligungsprozessen teilnehmen.

- Privatwirtschaftliche Unternehmen sind von dem Atomausstieg ausgenommen. Das finden wir nicht richtig. Wir werden alle Maßnahmen unternehmen, die eine Beendigung der Urananreicherung in Gronau möglich machen. Wir können nicht ein Endlager mit endlichen Ressourcen suchen, und dabei Industrien in denen weiterhin unendlich viel Atommüll anfällt unangetastet lassen!